

PROTOKOLL

über die 2. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte am Donnerstag, den 16.03.2017,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle, Schürenkamp 16, 49324
Melle

Sitzungsnummer: ORME/002/2017
Öffentliche Sitzung: 19:30 Uhr bis 21:04 Uhr

Anwesend:

Ortsbürgermeisterin

Gerda Hövel

stellv. Ortsbürgermeister

Johannes Marahrens
Reinhardt Wüstehube

Ortsratsmitglied CDU-Fraktion

Leonhard Birke
Karl Hotho
Jan-Hendrik Hüpel
Friedhelm Pfeiffer
Malte Stakowski
Rainer Vogt-Rohlf

Ortsratsmitglied SPD-Fraktion

Hauke Dammann
Jutta Dettmann
Annegret Mielke
Uwe Plaß
Erich Walkenhorst

Ortsratsmitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Silke Meier

Ortsratsmitglied UWG-Fraktion

Matthias Pietsch
Kay Wittefeld

von der Verwaltung

StAR Sandra Wiesemann

ProtokollführerIn

StA Heike Wiesemann

Zuhörer

Presse
Zuhörer

Meller Kreisblatt Herr Wiegand

1

Abwesend:

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 5.3 Arbeitskreise
- TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft
- TOP 7 Bebauungsplan "Nördlich Pestelstraße - 1. Änderung", Melle-Mitte
Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 2016/0188
- TOP 8 9. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Gemeinbedarfsfläche Waldorf", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 2017/0030
- TOP 9 Bebauungsplan "Gemeinbedarfsfläche Waldorf - 1. Änderung", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0032
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Ortsbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ortsbürgermeisterin stellt die Tagesordnung ohne Einwände und Bedenken fest.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll vom 28.11.2016 wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Berichte

TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin

Ortsbürgermeisterin berichtet über folgende Punkte:

- Der Weihnachtsmarkt im letzten Jahr fand sowohl bei der Meller Bevölkerung als auch bei den zahlreichen Gästen sehr großen Zuspruch. Sie bedanke sich bei allen Akteuren und Organisatoren für die gute Zusammenarbeit und Ausrichtung der Veranstaltung.
- Zu Beginn des Jahres haben bereits zahlreiche Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden stattgefunden, die wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt haben. Sie spricht allen ehrenamtlich Tätigen für ihr ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement ihren Dank aus.
- Der Neujahrsempfang des SC Melle 03 würdige im besonderen Maß die Leistungen der erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler der Stadt. Die Veranstaltung mache deutlich, dass der Sport eine große Bedeutung hinsichtlich des gesundheitlichen und integrativen Aspektes mit sich bringe und den Zusammenhalt in der Bevölkerung fördere.
- Der Neu- und Umbau der Grönenbergschule sei im Zeitplan. Der Umzug könne wie geplant im August 2017 durchgeführt werden. Außerdem würde der Finanzrahmen eingehalten. Sie rege an, dass sich der Ortsrat vor der nächsten Ortsratssitzung einen Überblick über die Veränderungen verschaffe. Sie schlage vor, eine Stunde vor Sitzungsbeginn die Besichtigung durchzuführen.
- Für die Sporthalle in Eicken-Bruche werde der neue Fassadenanstrich im Frühjahr durchgeführt. Die Submission für die Sanierungsmaßnahmen Brandschutz/Arbeitssicherung der Ratsschule Melle und der Grundschule im Engelgarten haben stattgefunden. Die Ausführung der Maßnahmen sei für die Sommerferien geplant.
- Die Ausführungsplanung für die Sanierung des Schulungsraums der Feuerwehr Melle-Mitte sei mit der Verwaltung und der Feuerwehr noch abzustimmen. Für die Sanierung der Waschhalle und des Flachdaches seien noch Restarbeiten durchzuführen.

TOP 5.2 Verwaltung

Frau Sandra Wiesemann berichtet über folgende Projekte und Maßnahmen der Stadt Melle:

- Baustellenverkehrsregelung in Eicken-Bruche
In Eicken-Bruche ständen mehrere Baumaßnahmen von verschiedenen Auftraggebern an. In diversen Abstimmungsgesprächen wurde dazu die Baustellenlogistik wie folgt besprochen:
Die Versorgungsunternehmen (Wasserwerk und Innogy, ehem. RWE) würden ihre Leitungen derzeit von Fa. Beermann im Bereich der Straße „Poggenort“ verlegen. Anschließend erfolge ein Wechsel zur Straße „Segelfliegerweg“ und danach in die Straße „Heubrink“.
Voraussichtlich ab April/Mai 2017 werde die Wohnungsbau GmbH Grönegau (WBG) mit der Erschließung „In der langen Marsch II“ beginnen. Dabei werde zuerst der Kanalanschluss an das bestehende Kanalnetz (Maßnahme 4 des Oberflächenentwässerungskonzeptes) sowie die beiden Regenrückhaltebecken erstellt. Anschließend sollen die übrigen Erschließungsarbeiten erfolgen. Der Baustellenverkehr werde komplett über den „Segelfliegerweg“ von der „Buersche Straße“ aus kommend gelenkt. Die Maßnahme solle im Spätherbst abgeschlossen sein.
Seitens der Stadt Melle solle der nächste Straßenausbauabschnitt erfolgen. Dazu solle zuerst im „Heubrink“ der Kanalbau erfolgen; anschließend Kanal- und Straßenbau im „Poggenort“, danach Kanal- und Straßenbau im „Segelfliegerweg“ und zuletzt der Straßenbau wiederum im „Heubrink“. Die Maßnahmen sollen im Mai/Juni 2017 beginnen, um nicht mit den ersten Maßnahmen der Erschließung „In der langen Marsch II“ zu kollidieren.
Die Koordinierung der jeweiligen Maßnahmen erfolge unter der Prämisse, die verkehrlichen Einschränkungen auf das Notwendigste zu reduzieren. Dabei sollen die Versorgungsunternehmen einen ausreichenden Vorlauf erhalten, damit die nachfolgenden Bauarbeiten ungehindert und zügig erfolgen können.
- Die Beleuchtungsarbeiten im Bereich des Bahnhofes/ Fahrradständer Pestelstraße seien abgeschlossen.
- Die Entfernung der Birke auf dem Spielplatz „Elsa-Brandström-Weg“ habe stattgefunden. Am 06.03.2017 wurde die Ersatzbepflanzung vorgenommen. Die Abwicklung und Übernahme der Kosten dieser Maßnahme wurde mit dem Anlieger geregelt.
- Bezüglich des Wunsches, eine Einbahnstraßenregelung für den Markt zu veranlassen, werde die Stellungnahme des Ordnungsamtes diesem Protokoll beigelegt.
- Der Sachstandsbericht „Oberflächenentwässerung Eicken-Bruche“ vom März 2017 werde ebenfalls diesem Protokoll beigelegt.

Frau Mielke, Frau Dettmann und Frau Meier machen darauf aufmerksam, warum es in dieser Sitzung keine Informationen über die Kita-Versorgung in Melle-Mitte gäbe.

Ortsbürgermeisterin schlägt vor, die Daten und Information kurzfristig per E-Mail an alle Ortsratsmitglieder zu versenden.

Herr Pietsch weist bezüglich der Stellungnahme des Ordnungsamtes darauf hin, dass nur Nachteile und keine Vorteile genannt werden. Dieses könne auf eine einseitige Sichtweise der Verwaltung schließen. Er bittet die Verwaltung, die Abwägung aller Vor- und Nachteile der Regelung darzulegen und entsprechend mitzuteilen.

Ortsbürgermeisterin fasst zusammen, dass die Anregungen an die Verwaltung weitergegeben werden. In der nächsten Ortsratssitzung können Fragen bezüglich der weiteren Vorgehensweise besprochen werden.

TOP 5.3 Arbeitskreise

Herr Birke gibt den Termin für die nächste Gewässerschau III. Ordnung bekannt. Die Gewässerschau fände am 22.03.2017 um 09.00 Uhr am Feuerwehrhaus Altenmelle statt.

Herr Walkenhorst weist darauf hin, dass die letzte Gewässerschau an einem Samstag stattgefunden habe, damit auch berufstätige Mitglieder an der Schau teilnehmen können. Diese Vorgehensweise würde er zukünftig bevorzugen.

Herr Birke erklärte, dass es problematisch war, einen Termin zu finden. Der vorgeschlagene Termin sei bereits ein Kompromiss.

Herr Vogt-Rohlf berichtet, dass er den Termin für die Straßen-u. Wegeschau per E-Mail den Ortsratsmitgliedern mitteilen werde. Für die Bereisung seien zwei Tage in der Zeit von 09.00 -14.00 Uhr eingeplant worden.

TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft

Frau Dettmann schlägt vor, dem Verein „Gemeinschaft Hafermasch“ für die Durchführung ihrer Aktivitäten einen Zuschuss in Höhe von 150 EUR zu gewähren. Die Aktivitäten stellen für die Allgemeinheit eine Bereicherung dar und stärken das Gemeinwohl.

Frau Dettmann empfiehlt dem Verein „Briefmarkenfreunde Grönegau e.V.“ für die Durchführung des öffentlichen Großtauschtages einen Zuschuss in Höhe von 150,00 EUR zu gewähren.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Gemeinschaft Hafermasch und der Verein "Briefmarkenfreunde Grönegau e. V." erhalten jeweils einen Zuschuss von 150,00 EUR aus dem Titel „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“.

TOP 7 Bebauungsplan "Nördlich Pestelstraße - 1. Änderung", Melle-Mitte Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB Vorlage: 2016/0188

Ortsbürgermeisterin führt aus, dass sich im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplanes "Nördlich Pestelstraße" in Bezug auf die Festsetzungen des Lärmschutzes und der Kompensationsmaßnahmen Schwierigkeiten ergeben haben, die man durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes begegnen wolle. Sie bittet Frau Sandra Wiesemann, die Vorlage näher zu erläutern.

Frau Sandra Wiesemann berichtet, dass im Bebauungsplan die textlichen Festsetzungen genauer formuliert werden mussten, um Missverständnisse mit Bauherren und Architekten zu vermeiden. Es wurden aber keine grundlegenden neuen Regelungen getroffen. Der aktive Lärmschutz wurde aufgrund von fehlerhaften Höhenprofilen überarbeitet, damit der festgelegte Schutz auch weiterhin gewährleistet werden könne. Weiterhin wurde eine Ergänzung des Umweltberichtes notwendig, da ein Kompensationsdefizit entstanden sei bzw. die vorgesehene externe Kompensationsfläche nicht mehr zur Verfügung stände. Das

Kompensationsdefizit entstand, weil die Verkehrssicherheit einiger festgesetzter Bäume nicht mehr gegeben war und die Bäume kurzfristig entfernt werden mussten.

Herr Pietsch erkundigt sich, wer Verursacher des fehlerhaften Höhenprofilies sei und welche Maßnahmen von der Stadt unternommen werden, den Verursacher haftbar zu machen.

Herr Wüsthube erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieser Änderung nicht zustimmen werde. Die fehlende Zustimmung begründe er damit, dass bei der Umsetzung des Bebauungsplanes viele Dinge passiert seien, die in dieser Form nicht hätten passieren dürfen. So würden Gehölze, die Bestandteil des Bebauungsplanes seien, nach und nach entfernt, weil nachträglich Planungsfehler festgestellt wurden. Weiterhin würde die Verkehrssicherheit der festgesetzten Bäume erst nachträglich überprüft, mit dem Ergebnis, dass drei Bäume aus Verkehrssicherheitsgründen kurzfristig entfernt werden mussten. Aufgrund der Erstellung des fehlerhaften Höhenprofilies würden nachträglich zusätzliche Maßnahmen für den Lärmschutz notwendig, d.h. die Lärmschutzwand wurde verbreitert. Um die Ausführung dieser Maßnahmen zu gewährleisten, würden drei weitere der festgesetzten Bäume entfernt. Des Weiteren würden beide Bäume, die auf der privaten Fläche der Wohnungsbau Grönegau standen, entfernt, weil die Verkehrssicherheit nicht gegeben sei. Nach Überprüfung der Maßnahme bestand aber nur für einen Baum ein Gutachten. Der zweite Baum sei demzufolge ohne Notwendigkeit entfernt worden. Zu bemängeln sei außerdem, dass mit der Durchführung der Kompensationsmaßnahmen noch nicht begonnen worden sei. Diese Vorgehensweise müsse grundsätzlich geändert werden. Es ginge nicht an, dass Kompensationsmaßnahmen erst nach 20 Jahren abgeschlossen seien. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass dem Bebauungsplan inhaltlich grundsätzlich zugestimmt werden könne, aber die Art und Weise der Umsetzung kritisch bewertet werde. Eine solche Handhabung dürfe sich nicht wiederholen. Daher werde seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau Mielke kritisiert ebenfalls das Verfahren in diesem Fall. Seit zwei Jahren sei ein Wohnen in diesem Gebiet möglich, jedoch lägen weitere Änderungen des Bebauungsplanes vor. Diese Änderungen führen zu einem Kompensationsdefizit, deren Umsetzung erhebliche Kosten verursachen werden. Es stelle sich daher die Frage, wer die Kosten für diese Veränderungen trage. Die Grundstückseigentümer könnten ihrer Meinung nach nicht herangezogen werden, da die Grundstücke voll erschlossen verkauft worden seien. Auch sie bemängelt, dass außerdem ein ökologischer Schaden für dieses Gebiet entstanden sei, weil viele Bäume entfernt wurden.

Herr Stakowski teilt die Kritik, die von Herrn Wüsthube vorgetragen wurde. Aufgrund der Umsetzung der Maßnahmen sei ein ökologischer Schaden für dieses Baugebiet entstanden. Zukünftige halte er es ebenfalls für sinnvoll, die Verkehrssicherheit von Bäumen zunächst zu überprüfen, bevor sie im Bebauungsplan festgestellt werden. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nicht die Umsetzung bewertet, sondern über die 1. Änderung des Bebauungsplanes entschieden werden solle. Die CDU Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, da keine grundlegenden Änderungen vorgenommen worden seien. Die Kompensationsmaßnahmen in Gerden halte er für gut und begrüße diese.

Herr Marahrens weist darauf hin, dass ein großzügiger Umgang mit land- und forstwirtschaftlichen Flächen zukünftig nicht mehr möglich sei. Kompensationsflächen ständen nicht unbegrenzt zur Verfügung und würden zukünftig teurer. Diese Entwicklung sei auf Dauer zu berücksichtigen.

Frau Dettmann erklärt, dass die SPD Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie stimme mit Herrn Marahrens überein, dass zukünftig die Bereitstellung und Nutzung von Kompensationsflächen schwieriger und teurer werde. In diesem Zusammenhang weist sie

darauf hin, dass zu prüfen wäre, ob ggf. die Flächen des Lärmschutzwalles für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden könnten.

Herr Pietsch berichtet, dass in Nordrhein Westfalen erst mit Baumaßnahmen begonnen werden dürfe, wenn die Kompensation abgeschlossen sei. In Niedersachsen müsse die Kompensation erst nach 20 Jahren beendet sein. Er schlägt vor, über diese Thematik noch zu diskutieren.

Der Ortsrat empfiehlt bei 15 Ja Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Beschluss

Der Entwurf zum Bebauungsplan „Nördlich Pestelstraße – 1. Änderung“, Melle Mitte wird gebilligt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

TOP 8 9. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich "Gemeinbedarfsfläche Waldorf", Melle-Mitte Beschluss über die Abwägung Feststellungsbeschluss Vorlage: 2017/0030

Ortsbürgermeisterin stellt die wesentlichen Änderungen des Flächennutzungsplanes vor. Demzufolge werden zukünftig Waldflächen und weitere Flächen als ökologische Ausgleichsflächen bereitgestellt. Sie bittet Frau Sandra Wiesemann, die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit zu erläutern.

Frau Sandra Wiesemann berichtet, dass im Rahmen der öffentlichen Beteiligung Anregungen und Hinweise vorgetragen wurden. Grundlegende Bedenken gegen die Planung würden nicht vorgebracht. Die Anregungen der Freiwilligen Feuerwehr Melle in Bezug auf die Löschwasserversorgung würden zuständigkeitshalber an das Ordnungsamt weitergegeben.

Frau Dettmann erklärt, dass die SPD Fraktion der Änderung zustimmen werde. Trotz Änderung des Flächennutzungsplanes blieben Erweiterungsmöglichkeiten für den Kindergarten weiterhin erhalten und zusätzliche Kompensationsflächen ständen zur Verfügung.

Herr Wittfeld unterstützt den Beschlussvorschlag und signalisiert die Zustimmung der UWG Fraktion. Er weist jedoch darauf hin, dass Efeubewuchs und Totholz in den Bäumen nahe dem Siedlungsbereich die Verkehrssicherheit zukünftig beeinträchtigen könnten.

Herr Birke führt aus, dass die CDU Fraktion der Änderung des Flächennutzungsplanes zustimmen werde.

Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Abwägung wird wie in Anlage 1 dargestellt beschlossen.

Die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Gemeinbedarfsfläche Waldorf“, Melle-Mitte wird beschlossen.

Die Änderung ist dem Landkreis Osnabrück gemäß § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen.

**TOP 9 Bebauungsplan "Gemeinbedarfsfläche Waldorf - 1.
Änderung", Melle-Mitte
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 2017/0032**

Herr Birke macht darauf aufmerksam, dass die Fragen /Anregungen z.B. der Freiwilligen Feuerwehr Melle bezüglich der Löschwasserversorgung in diesem Gebiet nicht gelöst worden seien. Bei der Abwägung werde nur der Hinweis formuliert, dass die Angelegenheit „zuständigkeitshalber an das Ordnungsamt weitergegeben“ werde. Diese Vorgehensweise entspräche nach Meinung der CDU Fraktion nicht dem Anspruch eines Bauleitverfahrens. Die vorgetragenen Hinweise sollten erörtert, für Problemstellungen Lösungen aufgezeigt und in das Verfahren integriert werden. Diese Dokumentation sollte spätestens bis zum Satzungsbeschluss vorliegen. Er weist darauf hin, dass die Neustrukturierung der Löschwasserversorgung unter Einbeziehung des Rückhaltebeckens gewährleisten soll, dass die Funktionsparameter umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bemängelt er, dass einige Aussagen und Formulierungen in den Unterlagen nicht schlüssig bzw. missverständlich seien. Die Verwaltung werde gebeten, bei der Formulierung der Vorlagen genauer und präziser zu arbeiten.

Durch den zukünftigen Entzug der Nutzung des Waldes werde die Frage aufgeworfen, ob der derzeitige Baumbestand für eine Nutzungsänderung geeignet sei oder eine Entnahme gewisser Bäume notwendig werde. Er befürworte eine Überprüfung des Baumbestandes, bevor die Festsetzungen im Bebauungsplan vollzogen werden. Des Weiteren ergäbe sich aufgrund der Nähe zum Siedlungsgebiet seiner Meinung nach eine erweiterte Verkehrssicherungspflicht, die regelmäßig zu überprüfen wäre.

Frau Sandra Wiesemann schildert, dass eine Besichtigung des Löschwasserteichs mit dem Unterhaltungsverband geplant sei. Dabei werde die Optimierung des Löschwasserangebotes angestrebt. Um die Verkehrssicherheit der Bäume nahe am Siedlungsgebiet werde sich die Landwirtschaftskammer kümmern. Dafür seien jährlich zwei Kontrollgänge vorgesehen.

Herr Wüsthube sieht die Änderung des Bebauungsplanes positiv, da Kompensationsflächen in beträchtlicher Größe geschaffen werden. Diese Flächen ständen für andere Bebauungsgebiete zukünftig zur Verfügung. Es handle sich in diesem Fall eher um einen „Entbauungsplan“.

Der Ortsrat empfiehlt bei 1 Enthaltung und 16 Ja Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss

Die Abwägung wird wie in Anlage 1 dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Gemeinbedarfsfläche Waldorf – 1. Änderung“; Melle-Mitte wird als Satzung beschlossen.

TOP 10 Wünsche und Anregungen

Herr Walkenhorst kritisiert, dass in einer Ortsratssitzung mit mehreren Bauthemen kein Vertreter der Baubehörde anwesend sei.

Herr Stakowski schließt sich der Kritik an und weist auf fehlende Wertschätzung des Gremiums bzw. der Ortsratsmitglieder hin.

Frau Meier bemängelt, dass der Ortsrat erst nach dem Fachausschuss tage. Sie fordere eine sinnvolle Reihenfolge der Beratung.

Herr Hotho plädiert dafür, dass das Untergeschoss des Parkdecks „Dürrenberger Ring“ saniert und neu gestrichen werde. Die Zustände seien nicht tragbar. Die Wände seien mit Graffiti übersät, das Parkdeck insgesamt sehr verdreckt und teilweise regne es durch.

Herr Pietsch spricht sich für die Ausweisung von zwei Behindertenparkplätzen im Bereich des Rathausvorplatzes aus. In diesem Zusammenhang sei ebenfalls die Parksituation am Rathaus, insbesondere das ordnungswidrige Parken, neu zu bewerten.

Ortsbürgermeisterin erläutert, dass das Thema der Verwaltung bekannt und Neustrukturierungen geplant seien. Nach Rücksprache mit dem Fachbereich brauchen Behindertenparkplätze in verkehrsberuhigten Bereichen nicht ausgewiesen zu werden. Dieser Personenkreis könne im ausgewiesenen Bereich überall parken.

Herr Wüstehube erklärt, dass das Thema „Nutzung Marktplatz“ ein dauerhaftes Thema im Ortsrat sei. In der Diskussion ständen neben Parkregelungen auch Verkehrsregelungen (z.B. Einbahnstraße -Regelung an Markttagen).

Herr Pietsch hält die Außengastronomie auf dem Rathausplatz u.a. für Hochzeitsgesellschaften für ein Ärgernis. Er erkundigt sich nach dem Genehmigungszeitraum der Konzession.

Frau Sandra Wiesemann unterrichtet den Ortsrat, dass die Konzession nicht dauerhaft erteilt worden sei. Bei einer Umgestaltung des Platzes könne die Genehmigung zurückgezogen werden.

Herr Wüstehube weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es schon mehrfach kritische Äußerungen aus der Bevölkerung über die Nutzung der Fläche gegeben habe.

Frau Mielke vertritt die Meinung, dass vor Vergabe der Konzession die Nutzung im Ortsrat hätte diskutiert werden müssen. Schließlich stehe ein Teil des öffentlichen Platzes für die Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung.

Ortsbürgermeisterin erläutert, dass der Bereich seit einiger Zeit im Fokus der Politik und Verwaltung stünde. Bevor jedoch Gestaltungsdetails für eine Übergangszeit in den Vordergrund gerückt werden, solle ein Konzept für den gesamten Bereich entwickelt und in der nächsten Ortsratssitzung vorgestellt werden.

Frau Mielke kritisiert, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes „Veräußerung einer Teilfläche eines städtischen Spielplatzes zur Wohnbebauung“ in den öffentlichen und nicht in den nicht öffentlichen Teil der Ortsratssitzung gehören würde. Es sei ein grundsätzliches Thema, dessen Rahmenbedingungen zunächst diskutiert werden sollten.

Frau Meier weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Vorlage zu dem Tagesordnungspunkt zu spät versandt worden sei. Eine Vorbereitung sei nicht möglich gewesen.

Frau Dettmann bemängelt, dass die neuen Informationen zu den Kita-Plätzen für Melle-Mitte erst nach der Sitzung versandt werden. Die Fakten hätten in der Sitzung erörtert werden können, so dass die Stellungnahme vor der Beratung in dem Fachausschuss hätte stattfinden können.

Ortsbürgermeisterin stellt richtig, dass die Kritik bezüglich der Aufstellung der Tagesordnung unter dem Tagesordnungspunkt zwei vorgetragen und gerügt hätte werden müssen. Sie verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Formulierungen, der Zeitpunkt der

Bekanntgabe und der Versand von Vorlagen in den Verantwortungsbereich der Verwaltung fallen.

Herr Wüsthube bittet die Verwaltung, dass Herr Fuchs, Umweltbeauftragter der Stadt Melle, zum Thema „Information über die Umsetzung und Entwicklung der Kompensationsmaßnahmen in Melle-Mitte“ berichtet.

Außerdem bittet er um Auskunft bezüglich der Maßnahmen im Bereich Hochwasserentwicklung „Hafermasch / Laerbachwiesen“.

Er regt an, die Allendorfer Straße im Bereich vom Kreisel „Wellingholzhausener Straße“ bis zur Einfahrt Solarlux mit Beleuchtung auszustatten, da der Radfahrverkehr erheblich zugenommen habe.

Ortsbürgermeisterin fasst zusammen, dass von mehreren Ortsratsmitgliedern die fehlende fachliche Begleitung durch die Verwaltung und die kurzfristige Zusendung der Beratungsunterlagen kritisiert werde. Weiterhin bestehe der Wunsch der Mitglieder an den Meinungs- und Bildungsprozessen der Verwaltung stärker beteiligt zu werden.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wurde um 21.05 hergestellt.

Melle, 21.04.2017

Melle, 12.04.2017

Melle, 05.04.2017

Ortsbürgermeisterin
(Datum, Unterschrift)

Amtsleiterin
(Datum, Unterschrift)

Protokollführerin
(Datum, Unterschrift)